

Bau im Blick

 **BiB**

 BAUEN UND SERVICES
DIE BAUINDUSTRIE OST



Foto: OTTO HEIL GmbH & Co. KG

01 | 2018

Bürokratiebelastung in der Bauwirtschaft | Sprachrohr der ostdeutschen Bauindustrie
Wohngipfel stellt die richtigen Weichen | Kapazitäten vorhanden
Erwartungen an das Vergabegesetz | Innovatives Bauen mit Beton-3D-Druck



4 | Bürokratiebelastung



10 | Fusion



20 | Innovatives Bauen



Bauindustrieverband Ost e. V.

Ausgabe: 01 | 2018
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Adresse:
Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam

Telefon: 0331/74 46-0
Fax: 0331/74 46-166
E-Mail: info@bauindustrie-ost.de

Hauptgeschäftsführer:
Dr. Robert Momberg

Verantwortlich für die Redaktion:
Susann Stein
Ressortleiterin Politik und Kommunikation

Redaktionsmitarbeit:
Grit Höfer
Mathias Kahrs
Herbert Mackenschins
Sophie von Minckwitz
Hubertus Nelleßen
Kerstin Poznanski
Michael Schmidt

Layout / Satz:
markenzoo®, Dresden (2018)

Fotonachweis:
Bauindustrieverband Ost e. V.

Druck:
addprint AG, Possendorf

Weitere Informationen unter:
www.bauindustrie-ost.de

TOP-Thema BÜROKRATIEBELASTUNG

- Bürokratiebelastung in der Bauwirtschaft **4**
- Drei Fragen an ... – die Landespolitik befragt **6**

Sonderthema FUSION

- Sprachrohr der ostdeutschen Bauindustrie **10**
- Der Bauindustrieverband Ost e. V. **12**

BAU IM BLICK

- Gestiegene Lehrlingszahlen durch passgenaue Vermittlung **14**
- Wohn Gipfel stellt die richtigen Weichen **15**
- Bauindustrie hofft auf mehr Tempo beim Planen **16**
- Elektronische Vergabe **16**
- Kapazitäten vorhanden **17**

LÄNDERSPIEGEL

- Berlin | Erwartungen an das Vergabegesetz **18**
- Berlin | Branchenaustausch Bau mit der Agentur für Arbeit **18**
- Brandenburg | Strukturwandel in der Lausitz **19**
- Sachsen | Neue Präsidentin im Landesamt für Straßenbau und Verkehr **19**
- Sachsen-Anhalt | Verwaltung im Dialog in der Colbitz-Letzlinger Heide **19**

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

- Innovatives Bauen mit Beton-3D-Druck **20**

Aktuelle RECHTSPRECHUNG

- Kein Ausschluss aus einem Vergabeverfahren bei unklarer Mangelursache **22**

VERBAND aktuell

- Aus dem Verband **23**
- Termine **23**

KONJUNKTUR

- Baukonjunktur in Zahlen – Januar bis Juli 2018 **24**

Bau im Blick
Aufeinander bauen

Am 23. August 2018 haben sich die Bauindustrieverbände Berlin-Brandenburg und Sachsen/Sachsen-Anhalt zum **Bauindustrieverband Ost e. V.** (BIVO) zusammengeschlossen.

Nun liegen große Aufgaben vor uns: Der neue Verband muss mit Leben erfüllt werden. Dabei haben wir den klaren Anspruch, uns zum Sprachrohr der ostdeutschen Bauindustrie zu etablieren.

Die Bauwirtschaft gehört zu den Schlüsselbranchen in Ostdeutschland: Die Unternehmen in den vier Bundesländern unseres Verbandsgebietes erwirtschaften jährlich einen Umsatz von 18 Milliarden Euro. 16 Prozent aller Erwerbstätigen sind auf unseren Baustellen zu finden. Und immerhin gehört die Baubranche zum wichtigsten Wirtschaftspartner der öffentlichen Hand: Etwa zwei Drittel aller Sachausgaben fließen in Bauinvestitionen.

In den vergangenen Wochen hat sich der neue Verband bereits mit vielen Themen beschäftigt. Die Ergebnisse der Arbeit möchten wir Ihnen in der 1. Ausgabe der „**BiB – Bau im Blick**“ präsentieren. Die BiB soll nicht nur das Verbandsorgan des Bauindustrieverbandes Ost sein, sondern vor allem zeigen, welche Themen der ostdeutschen Bauindustrie unter den Nägeln brennen sowie die Vielfältigkeit und Leistungsfähigkeit der Branche präsentieren.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr



Dr. Robert Momberg
Hauptgeschäftsführer
Bauindustrieverband Ost e. V.



Die Bauwirtschaft gehört zu den Schlüsselbranchen in Ostdeutschland.



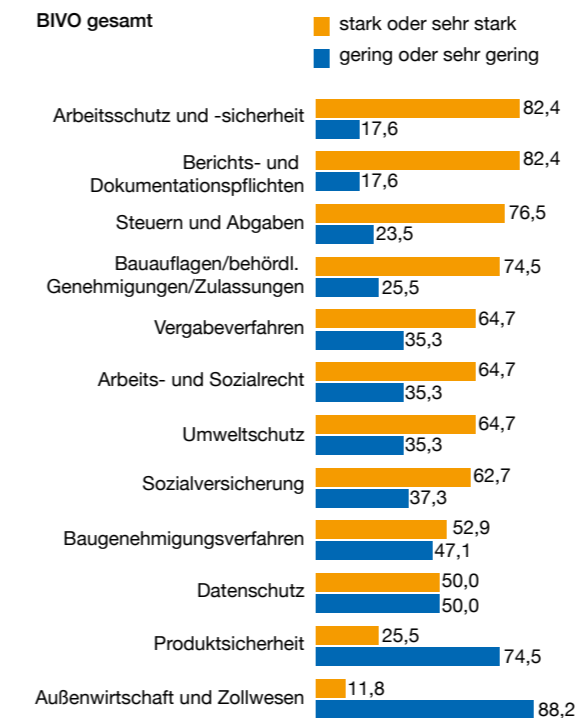
Foto: Sächsische Bau GmbH

➤ Bürokratiebelastung in der Bauwirtschaft

Die Bürokratie erweist sich immer mehr als Wachstumsbremse für die ostdeutsche Bauwirtschaft. Bauunternehmen sind von staatlicher Regulierung doppelt belastet: Zum einen wird das allgemeine unternehmerische Handeln durch bürokratische Vorgaben behindert. Auf der anderen Seite gehört das Bauen an sich zu den besonders regulierten Bereichen. Um gesetzeskonform auf dem Markt zu agieren, müssen die Unternehmen in Deutschland derzeit beinahe 16.000 rechtliche Vorgaben erfüllen, die vom Bund und der EU zu verantworten sind. Der Bauindustrieverband Ost hat Bauunternehmen in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt befragt, wie hoch die bürokratische Belastung in

ihren Unternehmen ist und die Ergebnisse im „Schwarzbuch Bauwirtschaft - Bürokratiebelastung in der Bauwirtschaft“ veröffentlicht. 82 Prozent der Befragten empfinden die Bürokratie als zu hoch, wobei acht von zehn Unternehmen angaben, dass die Bürokratiebelastung in den vergangenen fünf Jahren gestiegen ist. Obwohl in nahezu allen Unternehmensbereichen die Bürokratiebelastung als hoch oder sehr hoch eingeschätzt wird, gehören zu den besonderen Ärgernissen zu viele Dokumentations- und Nachweispflichten, zu lange Bearbeitungszeiten, aufgeblähte Vergabeverfahren, unklare Zuständigkeiten, uneinheitliche Länderregelungen sowie zu wenige Online-Verfahren.

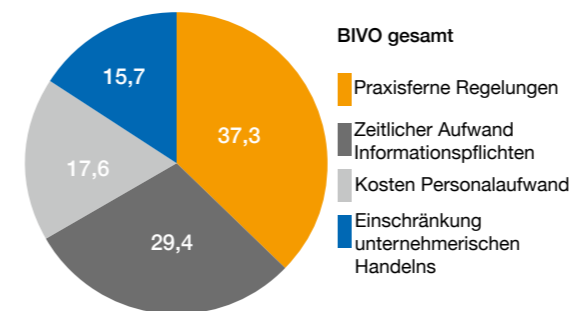
Bürokratiebelastung der Bereiche ist (Anteil Nennung in Prozent):



Quelle: BIVO-Umfrage zur Bürokratiebelastung 2018

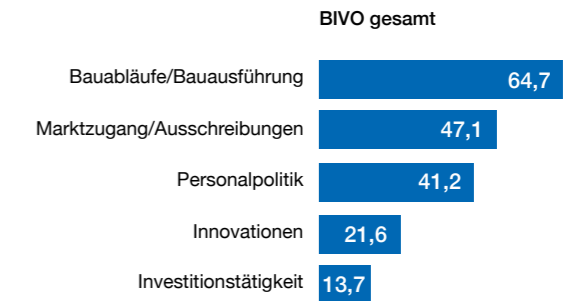
Durch die auferlegten Bürokratiepflichten wird in den Unternehmen massiv Personal gebunden und für die tatsächlichen Aufgaben entzogen. Rechnerisch sind fünf Prozent des Personalbestandes der Bauunternehmen ausschließlich mit der Erfüllung rechtlicher Vorgaben befasst, das entspricht 17.000 Arbeitsplätzen. Die Unternehmen werden dadurch in ihrem Kerngeschäft massiv behindert. Als besonders problematisch sieht der Verband die hohen Kosten der Unternehmen für die Erfüllung der Bürokratiepflichten: Dem Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland sind dabei 2017 Kosten in Höhe von einer halben Milliarde Euro entstanden.

Störfaktoren durch Bürokratie (Anteil Nennung in Prozent)



Quelle: BIVO-Umfrage zur Bürokratiebelastung 2018

Handlungsfelder der Unternehmen, welche durch Bürokratie generell behindert werden (Anteil Nennung in Prozent):



Quelle: BIVO-Umfrage zur Bürokratiebelastung 2018

Um Bürokratie abzubauen, bietet der Bauindustrieverband Ost konkrete Lösungsansätze an und wirbt für das Modell „3V“: **Verringerung, Vereinfachung und Vernetzung**.

Erstens muss eine Verringerung der Genehmigungsverfahren erfolgen, indem alle Verfahren auf den Prüfstand gestellt werden und für den Antragsteller vereinfacht werden.

Zweitens muss eine Vereinheitlichung im bestehenden Formularschwung vorangetrieben werden. Einheitliche Formulare für das Beantragen von Genehmigungen sowie Vergabeverfahren würden den Bauunternehmen maßgeblich helfen, Zeit und unnötige Kosten zu sparen.

Drittens bedarf es einer Vernetzung der Abläufe. Ziel muss sein, die in der Verwaltungspraxis vielfach anzutreffenden Zuständigkeiten und komplexen Entscheidungsfindungen bei einem Sachverhalt durch Vernetzung so zusammenzubringen, dass ein Verwaltungsvorgang nur einmal initialisiert werden muss.

Alle Ergebnisse der Studie finden Sie unter: www.bauindustrie-ost.de

➤➤ Wussten Sie, dass ...
 ... nach Schätzungen des „Verbandbündnisses Wohnungsbau“ für die Erstellung eines Mehrfamilienhauses 100.000 Seiten an Normen und Verordnungen berücksichtigt werden müssen?

➤ Haben Sie Interesse am Schwarzbuch Bauwirtschaft?
 Ein gedrucktes Exemplar können Sie unter leipzig@bauindustrie-ost.de bestellen.

➤ Drei Fragen an ...



Foto: Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Welche drei Themen sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen in Ihrem Ministerium?

Dulig: Der Breitbandausbau ist ein Querschnittsthema, das uns alle betrifft. Die Glasfaser soll in jede Wohnung, in jede Werkstatt und jedes Unternehmen kommen. Deshalb sind auch die Unternehmen in Hochbau, Ausbau und Wohnungsbau für das Vorhaben bedeutend. Die Kommunen unterstützen wir bei der Finanzierung und auf Ebene der Landkreise bei der Koordinierung des flächendeckenden Ausbaus. Auch der Wohnungsbau – gerade in den Städten Dresden und Leipzig – ist mir ein wichtiges Anliegen. Wo Wohnen zum Teil zur sozialen Frage wird, muss Politik den sozialen Wohnungsbau fördern. In eher ländlichen Regionen müssen wir hingegen mit einer guten Infrastrukturanbindung und klugen Lösungen dazu beitragen, die Strukturentwicklung voranzubringen. Außerdem stärken wir zum Beispiel den ÖPNV/SPNV und den Kommunalen Straßen- und Brückenbau. Auch beim Staatsstraßennetz wollen wir unter der Vorgabe „Erhalt vor Ausbau“ noch nachhaltiger werden.

Martin Dulig

Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Freistaates Sachsen

Wo sehen Sie politischen Handlungsspielraum, um die Bürokratiebelastung im Baubereich zu verringern?

Dulig: Beim Bau von größeren Infrastrukturvorhaben sind immer verschiedene Interessensgruppen betroffen – etwa die Nachbarn nebenan, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Naturschützer oder auch Landwirte. Die bestehenden Regelungen sollen letztlich dazu beitragen, zwischen diesen unterschiedlichen Interessen abzuwägen. Dabei ist Rechtssicherheit gerade bei Vorhaben, die Jahrzehnte überdauern, ein hohes Gut. Beim Thema Planungsbeschleunigung haben wir sicher noch nicht das Mögliche ausgereizt und sind hierüber auch in Gesprächen. Einzelne Regelungen werden wir sicher noch einmal gezielt und konkret in den Blick nehmen. Ich denke aber auch, dass uns zum Beispiel die Digitalisierung dabei helfen kann, den Alltag, die Zusammenarbeit mit Projektpartnern oder auch den Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung leichter und effektiver zu gestalten.

Welche Erwartungen verbinden Sie mit dem neuen Bauindustrieverband Ost e. V.?

Dulig: Der Verband bündelt die Interessen der Mitgliedsunternehmen, aber auch ihrer Beschäftigten und manchmal auch – zumindest mittelbar – des einen oder anderen Bauherren. So ist er ein wichtiger Partner auch für die Politik in Mitteldeutschland. Die Bauwirtschaft profitiert auch in Sachsen von einer langanhaltenden guten konjunkturellen Lage und zahlreichen öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen. Das müssen auch die Beschäftigten zu spüren bekommen. Eine gute Bezahlung liefert auch das wichtigste Argument im Kampf um den Nachwuchs. Die Bauwirtschaft wird nur mit attraktiveren Bedingungen genügend Arbeitskräfte anlocken und halten können. Hier wünschte ich mir – auch auf Verbandsebene – noch größere Anstrengungen. Auch bei der Umsetzung von Innovationen am Bau – sei es bei der Verwendung nachhaltiger Rohstoffe, der Digitalisierung auf der Baustelle oder dem ressourcenschonenden Bauen – braucht es noch mehr unternehmerischen Mut.

Katrin Lompscher

Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin

Welche drei Themen sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen in Ihrer Senatsverwaltung?

Lompscher: Berlin ist eine wachsende Stadt. Die hohe Anziehungskraft und das damit verbundene, prognostizierte starke Bevölkerungswachstum bis 2030 sind eine stadtentwicklungspolitische Chance, die es solidarisch und ökologisch nachhaltig zu nutzen gilt. Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung stehen, anders als in den Jahren zuvor, finanzielle Mittel zur Verfügung, um in die Infrastruktur zu investieren. Das ist angesichts des Bedarfs auch dringend nötig. Und die Stadt investiert. Für mein Haus stehen als herausragende Themen neben dem Wohnungsbau und der Verbesserung des Mieterschutzes, die Schulbauoffensive, der Bau von Kitas und Turnhallen, die Entwicklung besonderer Orte und die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung im Vordergrund. Mir persönlich ist es sehr wichtig, Stadtentwicklung integriert zu denken und mit den Berlinerinnen und Berlinern partizipativ zu gestalten.

Wo sehen Sie politischen Handlungsspielraum, um die Bürokratiebelastung im Baubereich zu verringern?

Lompscher: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ist Baudienststelle des Landes Berlin. In der gegenwärtigen Hochkonjunkturlage ist festzustellen, dass die Angebotsabgabe trotz steigender Auftragslage rückläufig ist. Daher sollte aus meiner Sicht angestrebt werden, die Regelungen so anwenderfreundlich zu gestalten, dass eine rechtssichere Anwendung bei gleichzeitig minimalem Bürokratieaufwand für die Unternehmen ermöglicht wird.

Welche Erwartungen verbinden Sie mit dem neuen Bauindustrieverband Ost e. V.?

Lompscher: Im Bauwesen gibt es vielfältige Verflechtungsbeziehungen. Erfolg hat nur, wer auch kooperationsfähig ist. Dies gilt auch für das Zusammenspiel aller Akteure am Baugeschehen. Jeder für sich allein kann nur bedingt etwas erreichen. Deshalb führe ich



Foto: C-Studio Charlottenburg

in regelmäßigen Abständen Gespräche mit den am Bau maßgeblich Beteiligten – auch mit dem Bauindustrieverband – um gemeinsam aktuelle Fragen der Bauwirtschaft und des Bauwesens zu erörtern. Mit dem Bauindustrieverband Ost e. V. wird uns und den anderen beteiligten Akteuren ein kompetenter und innovativer Ansprechpartner zur Seite stehen, dessen Wort und Verlässlichkeit ich zu schätzen gelernt habe.

➤ Drei Fragen an ...



Foto: Fotocharlotte25

Welche drei Themen sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen in Ihrem Ministerium?

Schneider: Eine große Herausforderung meines Hauses ist es, in allen Teilen des Landes die Wohnungsbestände zu qualifizieren – barrierefrei, mehr kleinere Wohnungen, generationsgerechte und energetische Ertüchtigung – und trotzdem sozialverträgliche Mieten zu erhalten. Außerdem ist in angespannten Märkten mehr Wohnungsneubau erforderlich. Mobilität ist das Lebenselixier der modernen Gesellschaft. Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, sind in den kommenden Jahren große Anstrengungen erforderlich. Die Erhaltung und der Ausbau des Straßen- und Bahnnetzes sind eine wichtige Voraussetzung, um gute Erreichbarkeit und Lebensqualität in allen Landesteilen zu gewährleisten – dafür sind umfangreiche Investitionen für Planung und Bau erforderlich.

Kathrin Schneider

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung
des Landes Brandenburg

Wo sehen Sie politischen Handlungsspielraum, um die Bürokratiebelastung im Baubereich zu verringern?

Schneider: Durch die Konzentrationswirkung der Baugenehmigung haben wir in Brandenburg viel zur Verringerung der Bürokratiebelastung beigetragen. Außerdem haben wir 2016 in Brandenburg die Musterbauordnung weitgehend umgesetzt. Diesen Weg setzen wir fort, aktuell durch die Übernahme des Muster-Bauproduktenrechts in die Landesbauordnung. Ein länderübergreifend einheitliches Bauordnungsrecht ist aus meiner Sicht ein wichtiger Beitrag, um Bürokratiebelastungen zu vermeiden. Um bauaufsichtliche Verfahren noch effizienter zu machen, setze ich mich in diesem Bereich für die Digitalisierung ein, d. h. wir führen den X-Bau-Standard ein und unterstützen die Entwicklung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens.

Welche Erwartungen verbinden Sie mit dem neuen Bauindustrieverband Ost e. V.?

Schneider: Mit dem Zusammenschluss der Verbände Sachsen/Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg stellt sich die Vertretung der ostdeutschen Bauindustrie in einer größeren Region neu auf und wird somit die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen gut bewältigen. Als Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft erwarte ich vom Bauindustrieverband Ost eine konstruktive Zusammenarbeit bei den baupolitischen Herausforderungen – Ausbau der Infrastruktur, Sanierung der Verkehrswege, Wohnungsbau. Aber auch die Themen Fachkräftegewinnung und Digitalisierung können wir nur gemeinsam erfolgreich lösen. Ich bin mir sicher, dass der Bauindustrieverband Ost als zuverlässiger Partner die politische Arbeit kompetent und kritisch begleitet.

Thomas Webel

Minister für Landesentwicklung und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt

Welche drei Themen sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen in Ihrem Ministerium?

Webel: Ich denke, bei uns in Sachsen-Anhalt herrscht da ein breiter Konsens – wir wollen unnötige Bürokratie abbauen und Antrags-, Ausschreibungs- und Vergabeverfahren so unkompliziert wie möglich machen. Ein wichtiger Schritt dahin, und das fordern wir seit Jahren, ist ein praxistaugliches Planungsbeschleunigungsgesetz. Ich bin optimistisch, dass dies in den nächsten Monaten auf Bundesebene auf den Weg gebracht wird. Schließlich ist das eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages.

Wo sehen Sie politischen Handlungsspielraum, um die Bürokratiebelastung im Baubereich zu verringern?

Webel: Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat dazu erst vor wenigen Monaten eine umfassende Prüfung abgeschlossen. Wir wollen unnötige Bürokratie mit der „One-in, One-out“-Regel verhindern. Das heißt, für jede neue gesetzliche Regelung soll mindestens eine alte entfallen. Aber es ist auch ganz klar, dass wir insbesondere im Baubereich keinen Standardabbau zulassen wollen. Unsere Vorschriften in den Bereichen Brandschutz und Statik sind aus guten Gründen sehr streng und so soll es auch bleiben. Wir wollen außerdem ausschließen, dass sich so etwas wie der Hochhausbrand in London im vergangenen Jahr oder der Brückeneinsturz in Genua jemals bei uns in Deutschland ereignet. Und ich möchte noch auf einen dritten Punkt eingehen: Wir brauchen dringend einen Kompetenzaufbau im öffentlichen Dienst, vor allem in den kommunalen Verwaltungen. Zum Teil haben wir schon heute das Problem, dass sich Planungsverfahren über Jahre hinziehen, weil uns dafür kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Dieser Fachkräftemangel könnte zum großen Investitionshemmnis werden, wenn wir nicht gegensteuern. Auch die Verwaltung braucht kluge Köpfe, damit wir weiter auf hohem Niveau in die Verkehrsinfrastruktur investieren können.



Foto: Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

Welche Erwartungen verbinden Sie mit dem neuen Bauindustrieverband Ost e. V.?

Webel: Ich bin davon überzeugt, dass sich der neue Bauindustrieverband Ost als starke Stimme der Bauwirtschaft in öffentliche Diskussionen einbringen wird. Wenn wir heute über Infrastrukturprojekte reden, dann haben wir oft eine Schieflage zwischen einer lautstarken Minderheit, die sich meist gegen ein Bauvorhaben wendet und einer leisen Mehrheit, die diese Projekte unterstützt, sich aber nur selten zu Wort meldet. Aus Umfragen wissen wir aber: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wünscht sich gut ausgebaute Straßen, dass der Verkehr rollt und weiterhin in Deutschlands Infrastruktur investiert wird. Deshalb ist es nur legitim, wenn diese Pro-Seite stärker als bisher in der Öffentlichkeit Gehör findet. Und genau dort sehe ich eine wichtige gesamtgesellschaftliche Verantwortung des Verbandes.

➤ Sprachrohr der ostdeutschen Bauindustrie



Marcus Becker, Wolfgang Finck, Dr. Robert Momberg (v. l. n. r.)

Die Bauindustrieverbände Berlin-Brandenburg (BBB) und Sachsen/Sachsen-Anhalt (BISA) sind nach einem positiven Votum ihrer Mitglieder am 23. August 2018 zum Bauindustrieverband Ost e. V. mit Hauptsitz in Potsdam verschmolzen.

Der bisherige Präsident des BISA, **Wolfgang Finck**, wurde zum Präsidenten des neuen Verbandes gewählt. **Marcus Becker**, Vizepräsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie sowie ehemaliger Präsident des BBB, unterstützt die Arbeit weiterhin aus dem Präsidium heraus. Die Hauptgeschäftsführung des neuen Verbandes verbleibt bei **Dr. Robert Momberg**, dem bisherigen Hauptgeschäftsführer der fusionierten Verbände. Der Bauindustrieverband Ost vertritt künftig die Interessen von 260 Unternehmen mit 20.000 Mitarbeitern in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen sowie Sachsen-Anhalt und versteht sich als Sprachrohr der ostdeutschen Bauindustrie.

„Durch die Fusion haben wir weiter an Schlagkraft gewonnen. Bei uns überschneiden sich bauliche Fachkenntnis und politisches Know-how“, beschrieb Wolfgang Finck die starke Position des neuen Verbandes. Daher sei der Bauindustrieverband Ost sowohl für die Wirtschaft als auch für die Politik eine kompetente Plattform, die einen gegenseitigen Wissenstransfer ermögliche.

Tagespolitische Themen der Baubranche werden mit Blick auf die regionalen Unterschiede konsequent beobachtet und im engen Austausch mit der Politik aufbereitet und evaluiert.

„Die baulichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellen die Politik vor Fragen, auf die sie gemeinsam mit der Bauindustrie eine Antwort finden muss“, kommentierte Finck abschließend auf dem Sommerfest, das sich an die Mitgliederversammlung anschloss.

➤ Impressionen vom Sommerfest am 23. August 2018 in Potsdam



Der Bauindustrieverband Ost e. V.

Präsidium

Wolfgang Finck – Präsident

Geschäftsführender Gesellschafter
RST INGENIEURBAU GMBH
06502 Thale

Jörg Muschol – Vizepräsident

Niederlassungsleiter
Dreßler Bau GmbH, NL Dresden
01187 Dresden

Maren Schröder – Vizepräsidentin

Oberingenieurin
Züblin Spezialtiefbau GmbH, Bereich Nord
12103 Berlin

Karsten Vollmer – Vizepräsident

Regionalleiter Nord-Ost
EUROVIA Verkehrsbau Union GmbH
12681 Berlin

Michael Altmann

Geschäftsführer
BACKER BAU GmbH, Bauunternehmung
09661 Hainichen

Marcus Becker

Geschäftsführer
Kondor Wessels Bouw Berlin GmbH
10711 Berlin

Alexander Gottschald

Geschäftsführer
G + G Bauträger GmbH
14482 Potsdam

Tassilo Grenz

Technischer Direktionsleiter
STRABAG AG, Direktion Nord-Ost
12103 Berlin

Christoph Heil

Geschäftsführer
Otto Heil GmbH & Co. KG
04425 Taucha

Sabine Helterhoff

Leiterin Recht und Investorengeschäft / Prokuristin
Bonava Deutschland GmbH
15517 Fürstenwalde / Spree

Fred Kiergaßner

Kaufmännischer Niederlassungsleiter
Implenia Construction GmbH, NL Nordost
13509 Berlin

Annett Leistner

Geschäftsführerin
Land-, Hoch- und Tiefbau GmbH
09366 Niederdorf

Frank Rüchardt

ITB Ingenieurtiefbau GmbH Schönebeck
39218 Schönebeck

Udo Sauter

Geschäftsführer
UBM Development Deutschland GmbH
10178 Berlin

Peter Schmidt

Hauptgeschäftsführer
Industriebau Wernigerode GmbH
38855 Wernigerode

Michael Schrobsdorff

Vorstandsvorsitzender
Schrobsdorff Bau AG
10709 Berlin

Burkhard Siegemund

Geschäftsführer
Zechbau GmbH, Regionalbereich Ost
10829 Berlin

Beirat

Uwe Bahr

Geschäftsführer
mib märkische ingenieurbau gmbh
16269 Wriezen

Ralph Brix

Geschäftsführer
STRABAG Großprojekte GmbH
04420 Markranstädt OT Großlehna

Astrid Burk

Geschäftsführende Gesellschafterin
DEGE Bau GmbH & Co. KG
38822 Schachdorf Ströbeck

Torsten Donner

Geschäftsführer
ITB Ingenieurtiefbau GmbH Schönebeck
39218 Schönebeck

Carsten Henschke

Regionalleiter Nord
EUROVIA Verkehrsbau Union GmbH
39126 Magdeburg

Daniel Hüttner

Geschäftsführer
Gunter Hüttner + Co. GmbH Bauunternehmung
09125 Chemnitz

Jörg-Christian Isert

Geschäftsführer
beton & rohrbau 2.0 GmbH
13353 Berlin

Torsten Köhring

Geschäftsführer
Hoch- und Tiefbaugesellschaft Wittstock mbH
16909 Wittstock / Dosse

Nevzat Köstek

Geschäftsführer
BATEG GmbH
13509 Berlin

Lothar Kwapinski

Geschäftsführer
KGT Gleis- und Tiefbau GmbH
15366 Neuenhagen

Bernd Malcharek

Geschäftsführer
Rask Brandenburg GmbH
15366 Dahwitz-Hoppegarten

Ingolf Nöbel

Geschäftsführer
Hoch- und Tiefbau Reichenbach GmbH
08468 Reichenbach

Andreas Scheffler

Geschäftsführender Gesellschafter
Schieck + Scheffler & Co. GmbH
06822 Dessau

Uta Steinhardt

Geschäftsführerin
Isolierungen Leipzig GmbH
04129 Leipzig

Joachim Sunderkemper

Geschäftsführer
Oevermann Verkehrswegebau GmbH, NL Berlin
15749 Mittenwalde OT Schenkendorf

Martin Thomas

Vorstandsvorsitzender
BUG Verkehrsbau AG
12623 Berlin

Wolfgang Vasicek

Kaufm. Direktionsleiter
STRABAG AG Direktion Sachsen/Thüringen
04435 Schkeuditz OT Heyna

Christian Wittbold

Geschäftsführer
Matthäi Bauunternehmen GmbH & Co. KG, NL Berlin
13407 Berlin

Rechnungsprüfer

Jürgen Helm

Kaufm. Prokurist
STRATIE Bau GmbH
38889 Blankenburg

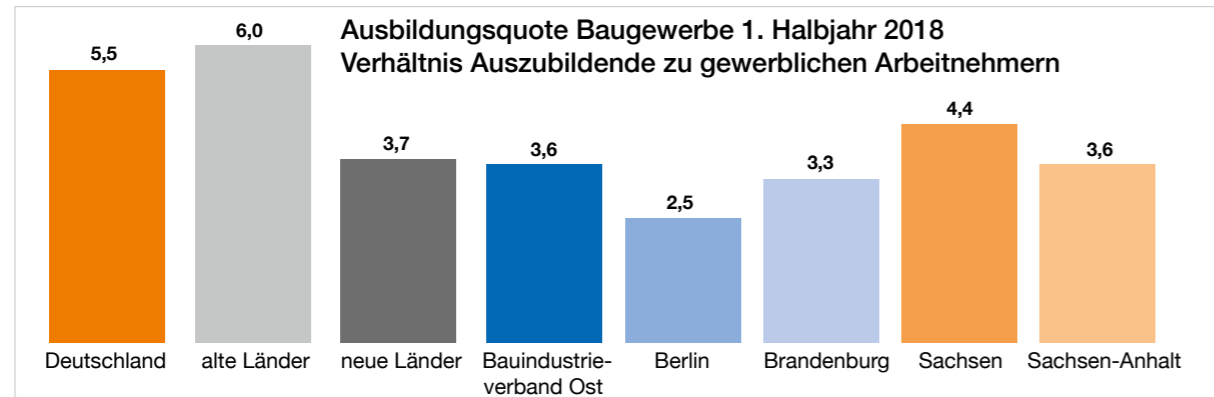
Frank Wendrich

Geschäftsführer
TRP Bau GmbH
14513 Teltow

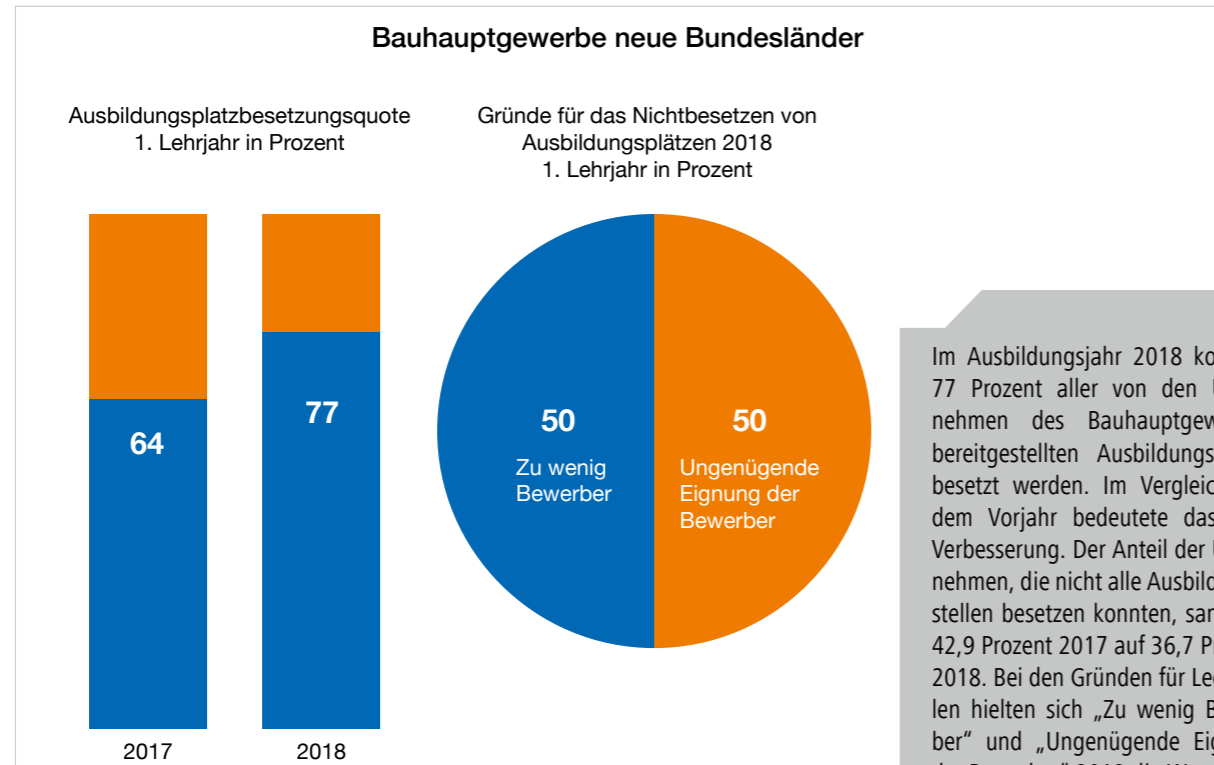
➤ Gestiegene Lehrlingszahlen durch passgenaue Vermittlung

Anfang September 2018 fanden mit feierlichen Festakten in allen vier Bundesländern des Verbandsgebietes die Lehrjahreseröffnungen statt. Das neue Ausbildungslehrgangsjahr 2018/2019 startete in den Förderwerken in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit steigenden Lehrlingszahlen. In Sachsen begannen 527 Jugendliche in unterschiedlichen Bauberufen eine Lehre. Unter ihnen sind 33 Studenten, die parallel zu ihrer Lehrlingsausbildung ein kooperatives Bauingenieurstudium an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) in Leipzig oder der TU Dresden beginnen. In Sachsen-Anhalt gingen insgesamt 240 Lehrlinge an den Start, die in Magdeburg oder Holleben ausgebil-

det werden. Davon haben sich 14 Abiturienten für ein duales Studium an der Hochschule Magdeburg-Stendal entschieden. In Brandenburg konnten im 1. Ausbildungsjahr 225 Azubis in den Zentren in Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder und Cottbus begrüßt werden. Diese Ergebnisse wurden vor allem durch die passgenaue Vermittlung erreicht, ohne die eine Lehrlingsgewinnung kaum noch funktioniert. Nur eine kontinuierliche Lehrlingsausbildung kann dem Fachkräftemangel entgegenwirken und dem anhaltenden Wirtschaftswachstum gerecht werden. Somit gilt den Ausbildungsbetrieben ein ganz besonderer Dank.



Quellen: SOKA-BAU Wiesbaden, SOKA-BAU Berlin, Bauindustrieverband Ost e. V.



Quelle: Hochrechnung der Ergebnisse der Mitgliederbefragung des BIVO 2018

➤ Wohngipfel stellt die richtigen Weichen



Foto: Bonava Deutschland GmbH

Der dringende Bedarf an Wohnraum und die damit verbundene Steigerung des Wohnungsbaus waren Themen des Wohngipfels am 21. September 2018 im Kanzleramt, an dem Bund, Länder und Verbände teilnahmen. Die Sicht der Bauindustrie wurde u. a. von **Marcus Becker**, Vizepräsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und Präsidiumsmitglied im Bauindustrieverband Ost, deutlich gemacht.

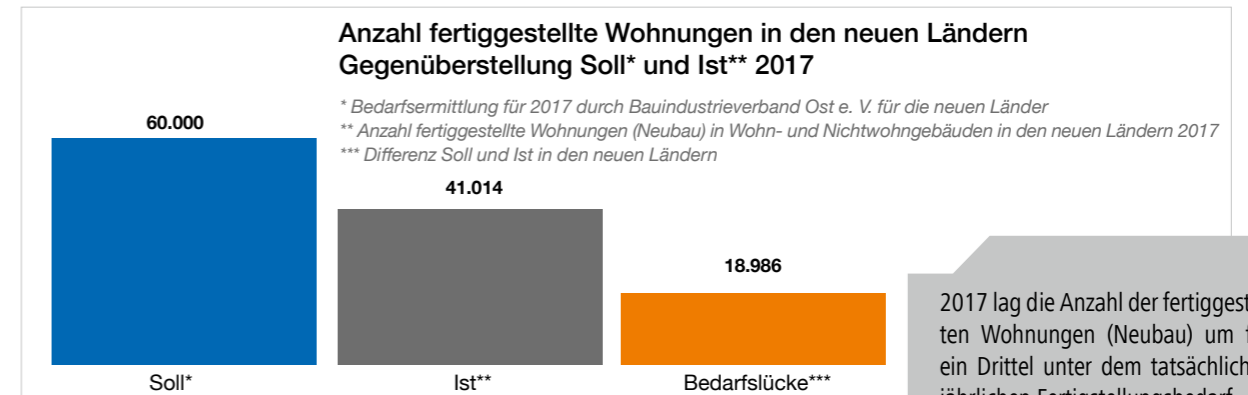
Um den künftigen Bedarf an Wohnraum in Ostdeutschland zu decken, müssten nach Schätzungen des Bauindustrieverbandes Ost bis 2020 jährlich 63.000 Wohnungen gebaut werden. Dem fehlenden Wohnraum, vor allem in den Ballungszentren, kann aus Sicht des Verbandes daher nur mit einem Bündel an Maßnahmen begegnet werden.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse des Wohngipfels aus Sicht der ostdeutschen Bauindustrie positiv zu bewerten. Vor allem die Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit dem Ziel, bis zum Jahr 2021 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen zu schaffen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Damit mehr Wohnraum entstehen kann, müssen aber vor allem die politischen Rahmenbedingungen ver-

bessert werden. Hier sind die Gipfelergebnisse im Ungefähren geblieben und bieten zu wenig konkrete Verbesserungen. Insbesondere die Regelungen des Bauordnungs- und des Baunebenrechts sowie die Bauordnungen der Länder müssen auf kostentreibende Standards durchforstet werden. Dazu gehört auch der Umgang mit den Anforderungen an Energieeffizienz, Lärmschutz und Barrierefreiheit. Vor allem aber müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren dringend vereinfacht und beschleunigt werden.

Eine gute Möglichkeit, um in kürzerer Zeit Wohnraum zu schaffen, bietet die Modulbauweise, auch serielles Bauen genannt. Statt teure Unikate zu fertigen, müssen künftig wieder stärker Prototypen geplant und deutschlandweit in Serie umgesetzt werden. Nur so lassen sich Beschleunigungs- und Kostensenkungseffekte erzielen. Das Beispiel von modular gebauten Schulen in Berlin zeigt, dass die Planungszeit von gewöhnlich acht Jahren auf zwei Jahre reduziert werden kann. Zentral dafür ist aber, dass sich Bund und Länder endlich auf eine bundeseinheitliche Musterbauordnung verständigen, damit einmal genehmigte Projekte in modularer Bauweise bundesweit umgesetzt werden können.



2017 lag die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen (Neubau) um fast ein Drittel unter dem tatsächlichen, jährlichen Fertigstellungsbedarf.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.

➤ Bauindustrie hofft auf mehr Tempo beim Planen



Foto: PORR Deutschland GmbH

Auch mit Blick auf die kommenden Bauaufgaben rückt die Forderung nach einer zügigen Verabschiedung des Planungsbeschleunigungsgesetzes wieder stärker in den Mittelpunkt. Denn häufig dauern die Planungen insbesondere bei den vordringlichen Infrastrukturmaßnahmen viel zu lang.

Ein entscheidender Baustein für eine zügige Umsetzung der Infrastrukturprojekte könnte eine Planungsbeschleunigung für Verkehrswege analog zum Investitionsbeschleunigungsgesetz in den 90er Jahren bieten, die einen baupolitischen Kernpunkt des Koalitionsvertrages darstellt und von der Bauindustrie im Grundsatz schon seit langem gefordert wird.

Der Entwurf des Planungsbeschleunigungsgesetzes

sieht vor, bereits vor dem Planfeststellungsbeschluss vorläufige Anordnungen für vorbereitende Baumaßnahmen zu treffen. Ebenso hilft die Erteilung einer Plangenehmigung bei Vorhaben, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, Prozesse zeitlich zu verkürzen.

Der Bauindustrieverband Ost geht davon aus, dass die effiziente Abwicklung der Planfeststellungsverfahren die Anzahl baureifer Projekte spürbar erhöhen wird. Allerdings dürfen die personellen Voraussetzungen in den Verwaltungen nicht vergessen werden, denn nur mit dem notwendigen Verwaltungspersonal könnte das neue Gesetz in der Praxis zu einer echten Beschleunigung führen.

➤ Elektronische Vergabe

Am 18. Oktober 2018 endete die letzte Übergangsfrist zur verpflichtenden Einführung der elektronischen Vergabe für EU-Verfahren öffentlicher Auftraggeber. Seit dem 19. Oktober 2018 ist im EU-Oberschwellenbereich, der für europaweite Bauvergaben gilt, die elektronische Vergabe verbindlich vorgeschrieben. Für Bauaufträge liegt der Schwellenwert derzeit bei 5.548.000 Euro.

Seit dem 19. Oktober dürfen Auftraggeber und Auftragnehmer in EU-Vergabeverfahren nur noch elektronisch kommunizieren – von der Bekanntmachung über die Angebotseinreichung bis zur Zuschlagsertei-

lung. Unterhalb des EU-Schwellenwertes liegt es seit dem 19. Oktober 2018 im Ermessen der Vergabestelle, ob sie das Verfahren ausschließlich elektronisch abwickelt oder weiterhin die Einreichung schriftlicher Angebote zulässt.

Viele öffentliche Auftraggeber lassen seit dem 19. Oktober 2018 auch im Unterschwellenbereich nur noch die elektronische Vergabe zu. Vor diesem Hintergrund ist es – sofern noch nicht geschehen – spätestens jetzt dringend erforderlich, sich im Unternehmensbereich mit den Spielregeln der elektronischen Vergabe vertraut zu machen.

➤ Kapazitäten vorhanden

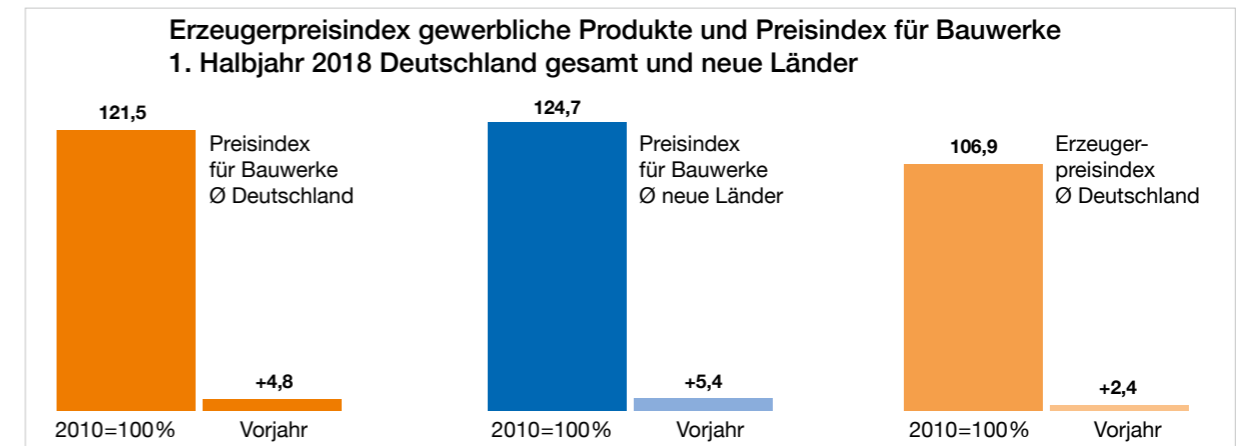
Die Auftragsbücher der ostdeutschen Bauindustrie sind gut gefüllt. Von einer Vollausslastung kann aber noch immer nicht gesprochen werden. Der Auslastungsgrad der Unternehmen liegt derzeit bei ca. 80 Prozent. Die ostdeutsche Bauindustrie verfügt noch über ausreichend Kapazitäten, um die kommenden Bauvorhaben umzusetzen. Engpässe sind jedoch bei Spezialgewerken zu beobachten.

Dennoch beklagen öffentliche Auftraggeber immer häufiger die geringe Beteiligung der Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen. Dafür sind auch andere Ursachen zu suchen. So machen die Dokumentations- und Nachweispflichten sowie aufgeblähte Vergabeverfahren öffentliche Ausschreibungen bei der gegenwärtig guten Auftragslage unattraktiv. Der Bürokratieabbau ist eine Stellschraube, an der die Politik drehen muss, um hier eine Steigerung der Angebotsanzahl bei realistisch kalkulierten Ausschreibungen zu erreichen.

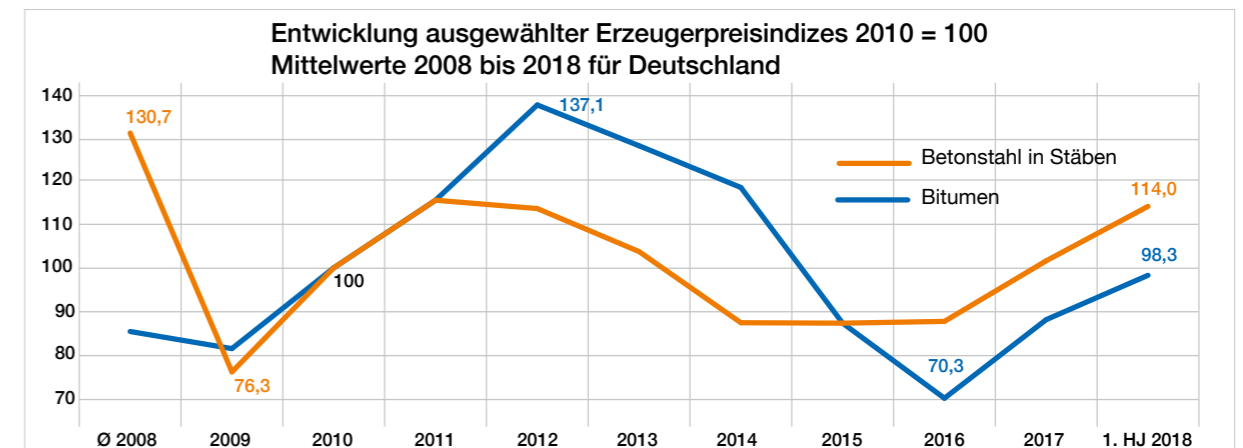
In einer materialintensiven Branche wie der Bauwirtschaft wirken sich außerdem Verteuerungen bei Roh-

und Baustoffen unmittelbar auf die Preisbildung aus. So lag der Preis für Bitumen im Dezember 2017 um 18 Prozent über dem Vorjahr. Der Preis für Betonstahl in Stäben war im Vergleich zum Vorjahr um ein Fünftel gestiegen. Auch die Entsorgung von Bauschutt ist aufgrund knapper Deponiekapazitäten kostspieliger geworden. Neben gestiegenen Rohstoffkosten wirken sich auch die höheren Personalkosten auf die Entwicklung der Baupreise aus. Allein zwischen 2012 und 2017 sind die Personalkosten im Baugewerbe in den neuen Ländern um 17 Prozent gestiegen.

Die Entwicklung der Baupreise wird also von vielen Faktoren bedingt und ist nicht ausschließlich auf die Kapazitätsentwicklung zurückzuführen. In Ostdeutschland lag der Preisindex im 1. Halbjahr 2018 um 5,4 Prozent über dem Vorjahr und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt. Dies liegt auch daran, dass gerade in Ostdeutschland nach Jahren einer ruinösen Preispolitik viele Unternehmen erstmals kostendeckende Preise am Markt erzielen können.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.



Quelle: Statistisches Bundesamt

BERLIN

Erwartungen an das Vergabegesetz

Das Berliner Vergabegesetz soll novelliert werden. Ziel des Senats ist eine Entbürokratisierung und somit eine größere Teilnahme von Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungsverfahren.

Zuletzt diskutierte der Bauindustrieverband Ost im Kreis „Lage der Berliner Bauwirtschaft“ am 17. September 2018 mit Senatorin **Katrin Lompscher** über ein Eckpunktepapier, das die Kerninhalte der Neuerungen des Vergabegesetzes erläutert. Der Referentenentwurf soll im Oktober vorgelegt werden.

Der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost **Dr. Robert Mombert** betonte, dass die konkreten Forderungen nach einer effektiven Entbürokratisierung gegenüber der Politik vehement vertreten werden. Es sei nämlich zu beobachten, dass sich die Bauunternehmen zunehmend davon verabschieden, für bestimmte öffentliche Auftraggeber zu bauen. Der

Grund dafür liege nicht darin, dass sich die Unternehmen vor Aufträgen nicht retten könnten, sondern die Bürokratie die Unternehmen so stark belastet.

Der Verband warnt daher eindringlich davor, das bestehende Vergabegesetz noch weiter mit vergabefremden Kriterien zu überfrachten. Das vorrangige Ziel muss darin bestehen, faire und transparente Vergaben durchzuführen. Tatsächlich aber geschieht häufig genau das Gegenteil: Durch die Hintertür wird versucht, politische Ziele durchzusetzen. Das führt in der Konsequenz zu mehr Bürokratie und erhöht die Fehleranfälligkeit in den Vergabeverfahren.

Auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt stehen die Landesvergabegesetze aktuell auf dem Prüfstand. Hier wird der Verband ebenfalls den Prozess begleiten und auf ein transparentes und schlankes Gesetz dringen.

BERLIN

Branchenaustausch Bau mit der Agentur für Arbeit

Auf Initiative und Organisation der Agentur für Arbeit Berlin Süd fand in Berlin am 10. September 2018 ein Gespräch mit Vertretern von Berliner Unternehmen, Vertretern der Bauindustrieverbände, Bildungspartnern sowie der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Berlin-Süd statt.

Ziel war es, gemeinsam über die aktuelle Lage und künftige Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt der Berliner Bauindustrie zu diskutieren. Dieser übergreifende Austausch soll einen Beitrag leisten, die Zusammenarbeit der Partner am Arbeits-

markt bei der Gewinnung von Fach- und Nachwuchskräften zu verbessern und mehr Transparenz zu den Bedürfnissen der Unternehmen, aber auch zu dem zur Verfügung stehenden Bewerberpotential herzustellen. Die Fragen nach effektiven Rekrutierungswegen sowie den fachlichen und personellen Anforderungen an neue Arbeitnehmer/innen bzw. Auszubildenden in der Baubranche standen dabei ebenso im Fokus, wie die Möglichkeiten der Agentur für Arbeit, bei der Besetzung von Arbeits- und Ausbildungsstellen durch unterschiedliche Personengruppen behilflich zu sein.

BRANDENBURG

Strukturwandel in der Lausitz

Über ein Viertel des Brandenburger Bruttoinlandsproduktes wird in der Lausitz erwirtschaftet. Damit ist der Revier-Anteil am Landes-BIP in Brandenburg mehr als doppelt so groß wie in Nordrhein-Westfalen. Der Vorstoß, die letzten Kraftwerke bereits 2038 vom Netz zu nehmen, läuft einer logischen Vorgehensweise ohne eindeutige Begleitmaßnahmen zuwider.

Denn zunächst muss erkennbar sein, wie die wegfallenden Arbeitsplätze nicht durch beliebige, sondern durch äquivalente Arbeit ersetzt werden können. Ohne definierte strukturpolitische, wirtschaftliche und soziale, aber auch rechtliche Begleitmaßnahmen, ist ein fester Termin obsolet.

Die Priorisierung des Infrastrukturausbaus in der Lausitz mit Blick auf den Bundesverkehrswegeplan ist unabdingbar. Das betonte auch **Maren Schröder**, Vizepräsidentin des Bauindustrieverbandes Ost, bei der Pressekonferenz des UVB zum Strukturwandel in der Lausitz am 5. Oktober 2018. Die Infrastrukturinvestitionen sind längst überfällig und nicht die Antwort auf den anstehenden Strukturwandel, sondern Grundvoraussetzung. Die Wirtschaft folgt der Infrastruktur – somit ist eine gute und zeitgemäße Anbindung der Lausitz für einen erfolgreichen Strukturwandel absolut entscheidend.

SACHSEN

Neue Präsidentin im Landesamt für Straßenbau und Verkehr

Der Bauindustrieverband Ost e. V. gratuliert der neuen Präsidentin des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr **Doris Drescher** zu ihrer Ernennung. Mit dem Glückwunsch erneuert der Verband seine Erwartungen an eine führungsstarke, kompetente

und durchsetzungsfähige Straßenbaubehörde, die effektiv, kostensparend und bedarfsgerecht Straßen plant, baut und betreibt. Die Straßenbauverwaltung des Freistaates Sachsen steht auch in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen.

SACHSEN-ANHALT

Verwaltung im Dialog in der Colbitz-Letzlinger Heide



Besichtigungstour in der Bundeswehrübungsstadt Schnöggersburg



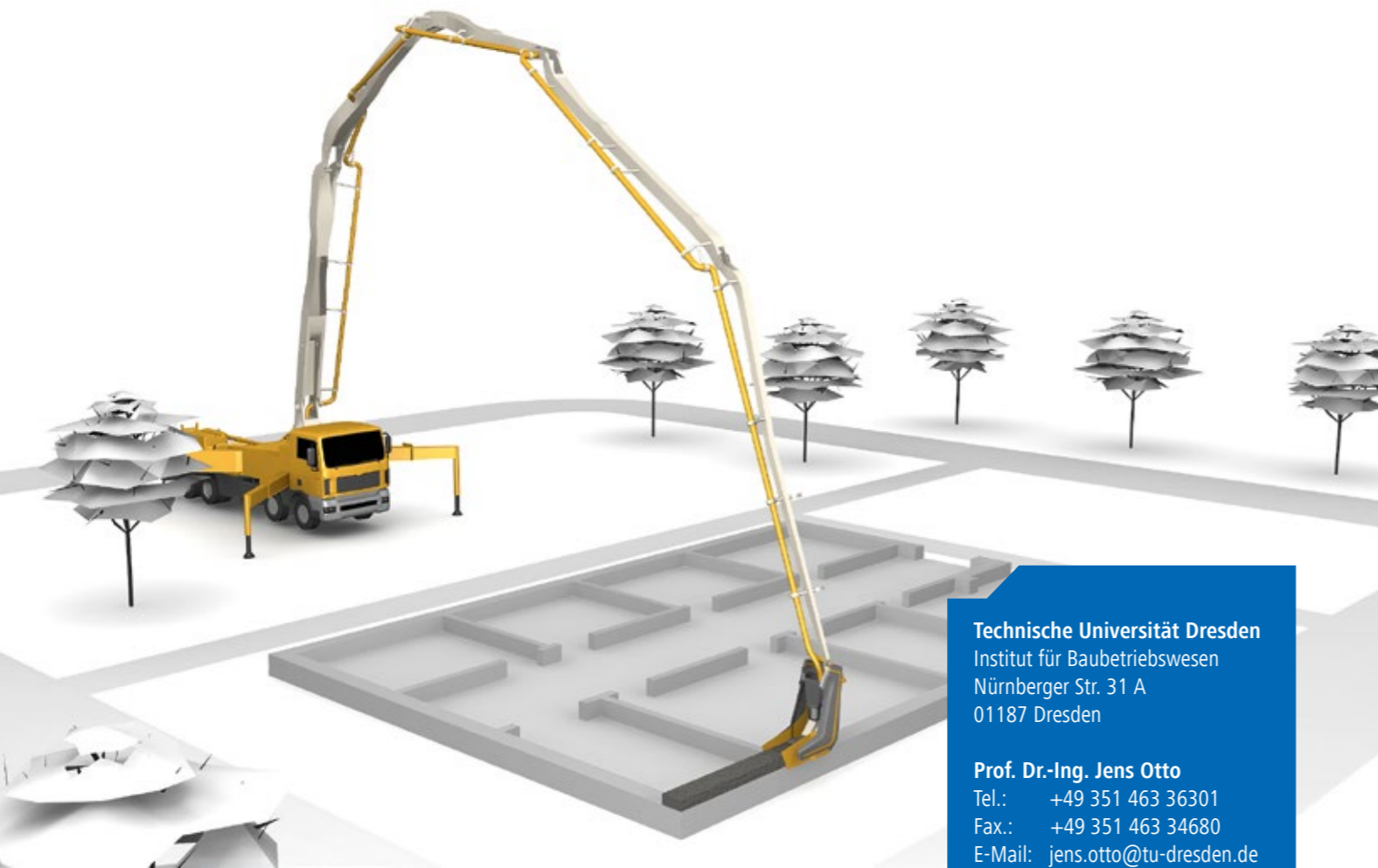
Das jährliche Treffen „Verwaltung im Dialog“ von Vertretern des Bau- und Liegenschaftsmanagements Sachsen-Anhalt (BLSA), der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB) sowie Mitgliedsunternehmen des Verbandes fand am 25. September 2018 in der Bundeswehrübungsstadt Schnöggersburg in der Colbitz-Letzlinger Heide statt.

Als besonderer Gast konnte der Staatssekretär **Dr. Klaus Klang** vom Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt begrüßt werden. Nach einer Vorstellung des Projektes durch **Hagen Herzog**, stellvertretender Geschäftsführer des BLSA, und **Peter Makowski**, Oberstleutnant der Bundeswehr und Leiter der Gruppe Grundlagen des Gefechtsübungs-zentrums Altmark, besichtigten die Teilnehmer die Übungsstadt, die unter Federführung des BLSA auf

dem Truppenübungsplatz Altmark gebaut wird. Nach der Besichtigung klang der Nachmittag mit angeregten Gesprächen bei einem Grillbuffet aus.

Auf einer Fläche von 6,25 km² werden 520 Gebäude, Straßen mit einer Gesamtlänge von 16,5 km, ein Industriegebiet einschließlich Wasser- und Umspannwerk, ein 800 Meter langer Kanal nebst dazugehörigen Brücken, eine 330 Meter lange U-Bahn, ein Stadion sowie ein Flughafen errichtet. Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf 150 Mio. Euro. Ca. 80 Prozent der Übungsstadt, die im Zeitraum von 2013 bis 2021 gebaut wird, sind bereits fertiggestellt. Die Stadt wird es Einsatzverbänden mit einer Stärke von bis zu 1.500 Soldatinnen und Soldaten ermöglichen, sich bestmöglich auf ihren Einsatz in Operationen in bebauten Gebieten vorzubereiten.

➤ Innovatives Bauen mit Beton-3D-Druck



Animation des Verfahrens CONPrint3D®

Bild: TU Dresden

Technische Universität Dresden
Institut für Baubetriebswesen
Nürnberger Str. 31 A
01187 Dresden

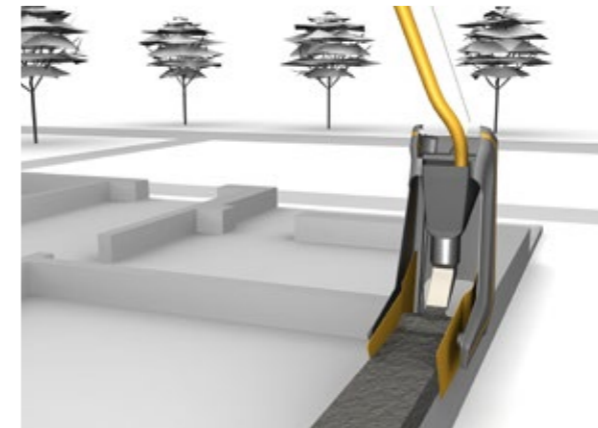
Prof. Dr.-Ing. Jens Otto
Tel.: +49 351 463 36301
Fax.: +49 351 463 34680
E-Mail: jens.otto@tu-dresden.de
Web: www.tu-dresden.de/biwibb

Additive Fertigungsverfahren haben sich in den vergangenen Jahren in baufremden Industriezweigen stark entwickelt. Als Vorteile des „3D-Drucks“ zählen z. B. sinkende Herstellkosten, schnellere Fertigungszeiten und verbesserte Ressourceneffizienz. Beim Bau von Prototypen oder zur Fertigung von hochkomplexen Einzelstücken sind 3D-Druckverfahren seit Jahren den konventionellen Verfahren überlegen.

Aktuell wird mit Hochdruck daran geforscht, diese Technologie in die Baupraxis zu überführen. Es bestehen große Potenziale, die Effizienz der Bauprozesse, z. B. hinsichtlich Arbeitsproduktivität, Qualität, Sicherheit oder Nachhaltigkeit, erheblich zu verbessern. Weltweit überschlagen sich nahezu die Berichte, in denen neue Pilotprojekte, Fortschritte und Erkenntnisse vermeldet werden.

Seit 2014 arbeitet das Institut für Baubetriebswesen der TU Dresden in einem interdisziplinären Team aus Praxispartnern und anderen Instituten der Universität an der Entwicklung eines schalungsfreien

Beton-3D-Druckverfahrens. Das Verfahren „CON-Print3D® – Concrete ON-site 3D Printing“ grenzt sich dabei deutlich von anderen weltweiten Forschungsaktivitäten ab. Als Ortbetonbauverfahren soll die Technologie direkt auf der Baustelle angewendet werden. Die maschinelle Basis stellt eine modifizierte Autobetonpumpe dar. Die neue, intelligente Steuerungstechnik ermöglicht es, den Beton kontinuierlich zu fördern und positionsgenau zu platzieren. Am Ende des autonom gesteuerten Verteilermastes befindet sich ein eigens entwickelter Druckkopf, der den Beton geometrisch präzise, schichtweise und endfertig ausbringt. Das Verfahren der Extrusion stellt dabei besondere Anforderungen an den Baustoff Beton. Zunächst soll der Beton über die gesamte Förderlänge gut pumpfähig, also fließfähig, sein. Nach Austritt aus dem Druckkopf muss er allerdings schnell formbeständig anstifen. Zur Beherrschung dieser nahezu gegensätzlichen Eigenschaften sind spezielle Betonrezepturen notwendig.



Fertigung voll ausgefüllter Betonstrukturen (Massivbaudruck)

Mit CONPrint3D® werden monolithische, wandbreite Betonstrukturen erzeugt („Massivbaudruck“). Der Druckkopf soll so konzipiert werden, dass scharfkantige Wandverbindungen (Wanddecken, -T-Verbindungen und -kreuzungen) gedruckt werden können. Außerdem sollen Betone mit üblicher Gesteinskörnung von bis zu 16 mm Größtkorn zum Einsatz kommen. Damit unterscheidet sich diese Technologie von anderen weltweiten Forschungsaktivitäten, die überwiegend kleinere Stränge als „Endlosschleife“ mit sehr feinkörnigem Beton applizieren und 3D-Druckmaschinen einsetzen, die häufig mit hohen Investitionskosten verbunden sind. Die Alleinstellungsmerkmale von CONPrint3D® sollen das Verfahren sicher, wirtschaftlich und marktfähig machen. In einem ersten Entwicklungsschritt ist es geplant, unbewehrte Betonbauteile als Ersatz für den konventionellen Mauerwerksbau zu erzeugen.

Die dazu bisher erreichten Forschungsergebnisse sind sehr vielversprechend. In weiteren Schritten sollen Bewehrungsstrukturen (z. B. Kurzfasern oder textile Gelege) sowie TGA-Installationen in die Bauteile integriert werden. Im Jahr 2016 wurden die Forschungsarbeiten mit dem internationalen bauma-Innovationspreis in der Kategorie Forschung ausgezeichnet.

Um die Technologie erfolgreich zu entwickeln, sind drei Institute der TU Dresden beteiligt. Mit der maschinellen Umsetzung beschäftigt sich die Professur für Baumaschinen. Geeignete Betonrezepturen und Betoneigenschaften im frischen und erhärteten Zustand werden vom Institut für Baustoffe erforscht. Die baubetrieblichen Aspekte, insbesondere die wirtschaftliche und baupraktische Umsetzung sowie das Datenmanagement mit BIM untersucht das Institut für Baubetriebswesen.

In den aktuellen Forschungstätigkeiten wird ein druckbarer Schaumbeton entwickelt, der über verbesserte Wärmedämmeigenschaften und eine deutlich reduzierte Masse verfügt (CONPrint3D® Ultralight). Ziel ist die Entwicklung einer nachhaltigen Alternative für Mauerwerkswände mit vorgeblendetem Wärmedämmverbundsystem. Außerdem wird eine durchgängig automatisierte, digitale Prozesskette, ausgehend von einem BIM-Gebäudemodell bis hin zum maschinenlesbaren G-Code



Komponenten von CONPrint3D®

Bilder: TU Dresden

entwickelt (digiCON2- digital concrete construction). Sollte es technisch gelingen, CONPrint3D® erfolgreich umzusetzen, sind Kostenersparnisse in Höhe von bis zu 25 Prozent und deutlich reduzierte, (errechnet wurden viermal geringere) Bauzeiten gegenüber dem derzeit üblichen Mauerwerksbau realisierbar. Die Forschungsarbeiten der nächsten Jahre können daher mit Spannung verfolgt werden.

Institut für Baubetriebswesen der TU Dresden

Die Bauwirtschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Das Institut für Baubetriebswesen fokussiert dabei die aktuellen bauwirtschaftlichen Entwicklungen, Innovationen und Unternehmensstrategien in allen Bereichen des operativen Baugeschäftes. Mit einem motivierten und kompetenten Team von mehr als 16 Mitarbeitern sowie externen Lehrbeauftragten und Honorarprofessoren ist das Institut in den Bereichen der Forschung, Lehre und Praxisanwendungen eingebunden. Dabei wird in den Fachgebieten der Bauwirtschaft, der Bauausführung und des Projektmanagements für Immobilien, aber auch für Ingenieur- und Tiefbauwerke sowie Infrastrukturprojekte bewährtes Fachwissen angewandt sowie Innovation, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gefördert. Das Institut sieht sich an den Schnittstellen zwischen der Entwicklung von Bauprojekten, deren Fachplanung, der Baupreisbildung und Projektdurchführung sowie dem nachgelagerten Betrieb baulicher Anlagen. Neben der Grundlagenausbildung vertiefen die Studenten bei uns in den beiden Vertiefungsrichtungen Baubetriebswesen und Gebäude – Energie – Management zum Diplom-Bauingenieur.

Unterstützung bietet das Institut Unternehmen, Institutionen oder Bauherren im Rahmen einer interdisziplinären Antrags- oder Industrieforschung, Zusammenarbeit mit Studenten sowie gutachterlichen Tätigkeit. Besonders erfolgversprechende Förderaussichten bestehen aktuell bei Kooperations-Forschungsprojekten unter Beteiligung von KMU.

➤ Kein Ausschluss aus einem Vergabeverfahren bei unklarer Mangelursache

Der Fall:

Gegenstand des Vergabeverfahrens waren Bauarbeiten zur Erweiterung des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses in Berlin. Der Auftraggeber (AG) hatte das Vergabeverfahren aufgehoben, nachdem er den Bieter (B) wegen Schlechterfüllung eines früheren Auftrags in demselben Objekt gem. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB ausgeschlossen hatte. Der AG hatte in ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb übergeleitet und wollte mit den übrigen Bietern, die formell nicht ordnungsgemäße Angebote abgegeben hatten, über den Auftrag verhandeln. Dagegen wendet sich der ausgeschlossene B. Der AG wirft B vor, bei früheren Arbeiten für den Rohbau desselben Objekts eine Bodenplatte hergestellt zu haben, die später deutliche Risse aufwies und mangelbehaftet war. Der AG hatte den früheren Bauauftrag gekündigt und zivilrechtlich Schadensersatz geltend gemacht. Zwischen den Parteien ist ein Zivilrechtsstreit anhängig, in dem geklärt werden soll, ob die Ursache der Mängel in Planungsfehlern oder in Ausführungsmängeln lag. Zu dieser Frage wurden bisher 10 Sachverständigengutachten eingeholt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen. Der AG meint, der Mangel sei im Verantwortungsbereich des ausgeschlossenen B zu suchen. Die Vergabekammer des Bundes hatte den Ausschluss bestätigt.

Die Entscheidung:

Das Oberlandesgericht Düsseldorf beanstandet mit Beschluss vom 11.07.2018 (- Verg 7/18 -) die Ausschlussentscheidung. Der AG habe nicht hinreichend nachweisen können, dass die aufgetretenen Risse allein durch eine mangelhafte Bauausführung verursacht worden waren. Daher stehe nicht fest, ob die Kündigung zu Recht erfolgt war. Der Senat befasst sich ausführlich mit den im Zivilrechtsstreit eingeholten Gutachten. Nur zwei im Auftrag des AG erstellte Gutachten wiesen allein dem ausgeschlossenen B die Verantwortung für die aufgetretenen Mängel zu; andere Gutachter kamen zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Bei dieser Sachlage sei nicht hinreichend nachvollziehbar darzulegen, dass die Kündigung berechtigt gewesen sei.

Praxishinweis:

Auch das OLG Düsseldorf verlangt keine rechtskräftige Entscheidung über die Ausführung des früheren Auftrags. Es neigt jedoch zu einem strengen Maßstab: Der AG müsse hinsichtlich der Schlechterfüllung Gewissheit erlangt haben, d. h. eine Überzeugung, die „vernünftigen Zweifeln Schweigen gebietet“. Das OLG Celle (Beschluss vom 09.01.2017 - 13 Verg 9/16 -) verlangt demgegenüber „nur“ Indiztatsachen von einigem Gewicht, die den Ausschluss nachvollziehbar erscheinen lassen. Nach beiden Maßstäben, so das OLG Düsseldorf, war hier der Ausschluss aber nicht gerechtfertigt, so dass über den Beweismaßstab nicht entschieden werden musste. Die Entscheidung zeigt, dass für einen Ausschluss nach § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB nach wie vor hohe Hürden bestehen. Nicht jeder Auftragnehmer, mit dem der Auftraggeber unzufrieden war oder mit dem er im Rechtsstreit liegt, darf von weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.



➤ Aus dem Verband

Regionalgespräch Dresden

Die Mitgliedsunternehmen der Region Dresden besuchten am 18. September 2018 das neue Asphaltmischwerk des AMSS GmbH und Co. KG in Dresden. Der Geschäftsführer der BHS Bau und Handelsgruppe GmbH & Co. KG Dr. Philipp Scheib sowie der Geschäftsführer der AMSS GmbH und Co. KG Ulrich Grenz begrüßten die Teilnehmer persönlich. Ferner wurde ein Baustoff-Recyclingsieb (SBR 2) vorgestellt, welches nicht nur von der Gruppe betrieben, sondern auch weltweit vermarktet und verkauft wird. Im Anschluss daran hatten die Teilnehmer bei einem sommerlichen Grillbuffet die Gelegenheit, sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Regionalgespräch Berlin

Am 3. September 2018 fand das erste Regionalgespräch in Berlin statt. Neben den strukturellen Veränderungen im neuen Verband standen die Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie die Berufsausbildung im Vordergrund. Christine Heydrich von der Sozialkasse Berlin stellte konkrete Projekte zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Förderung der Ausbildung vor.

Halbjahrestreffen mit DB Netz AG

Zweimal im Jahr treffen sich die Verantwortlichen auf Seiten der DB Netz AG, Regionalbereich Südost mit der Fachabteilung Bahnbau des Bauindustrieverbandes Ost. Diese Gesprächsrunden werden von beiden Seiten als äußerst wertvoll gesehen, um kontinuierlich im Dialog zu stehen und sich zu relevanten Themen im Kontext eines partnerschaftlichen Umganges miteinander sowie bei der Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Bauprojekte der DB Netz AG auszutauschen.

Am 3. September 2018 trafen sich die Teilnehmer dazu in Leipzig bei der DB Netz AG. Beprochen wurden u. a. die Themen Ausschreibung unter Planrechtsvorbehalt, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III), das Kapazitäts- und Nachtragsmanagement, der Runde Tisch Baustellenmanagement sowie die Präqualifikation im Konstruktiven Ingenieurbau.

VOB-Tagung

Der Bauindustrieverband Ost e. V. führt die gute Tradition der VOB-Tagung fort. Auf der diesjährigen 19. VOB-Tagung am 8. November 2018 in Leipzig werden erneut aktuelle bauvergabe- und bauvertragsrechtliche Fragestellungen diskutiert. Aus Unternehmerperspektive wird über die ersten Erfahrungen mit dem neuen Bauvertragsrecht berichtet. Außerdem werden die geplanten

Änderungen in der VOB/A vorgestellt. Weitere Themen sind die Entwicklung der Landesvergabegesetze im Verbandsgebiet sowie die Digitalisierung in der Bauwirtschaft. Besonders im Fokus steht jedoch die Aufhebung von Ausschreibungen, über deren Ursachen und Folgen kontrovers diskutiert werden wird.

Präsidium

Am 19. Oktober 2018 traf sich das Präsidium des Bauindustrieverbandes Ost erstmalig zu seiner Beratung. Auf der Tagesordnung stand neben dem Kennenlernen vor allem die inhaltliche Ausrichtung des neuen Verbandes.

➤ Termine

06.11.2018	Expertenkreis Bau Sachsen	in Dresden
07.11.2018	Baupolitisches Frühstück	in Potsdam
08.11.2018	VOB-Tagung	in Leipzig
13.11.2018	Martinsgansessen	in Leipzig
15.11.2018	Lernwerkstatt	in Potsdam
27.11.2018	Bildungspolitischer Ausschuss	in Leipzig
28.11.2018	Fachabteilung Hochbau	in Laue bei Delitzsch
06.12.2018	Regionalgespräch	in Dresden
07.12.2018	Unternehmertreffen Chemnitz	in Rochlitz-Seelitz
10.12.2018	Regionalgespräch	in Berlin
19.12.2018	Verwaltung trifft Wirtschaft	in Potsdam

Baukonjunktur in Zahlen



Januar–Juli 2018
 Gebiet Bauindustrieverband Ost
 Betriebe mit 20 Beschäftigte und mehr
 Kapazitäten
 Auftragseingang
 Umsatz

Kapazitäten – Januar bis Juli 2018

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Juli 2018		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	gesamt
Betriebe	Anzahl	230	330	619	321	2.018
	% zu Jan - Jul '17	+0,8	-2,8	+3,9	+0,7	+1,7
Beschäftigte gesamt	Anzahl	13.309	16.589	32.529	16.839	103.474
	% zu Jan - Jul '17	-1,0	+0,3	+3,9	+8,9	+3,8
davon im Baugewerbe	Anzahl	13.295	16.362	32.314	16.801	102.813
	% zu Jan - Jul '17	-1,0	+0,2	+3,9	+9,0	+3,8

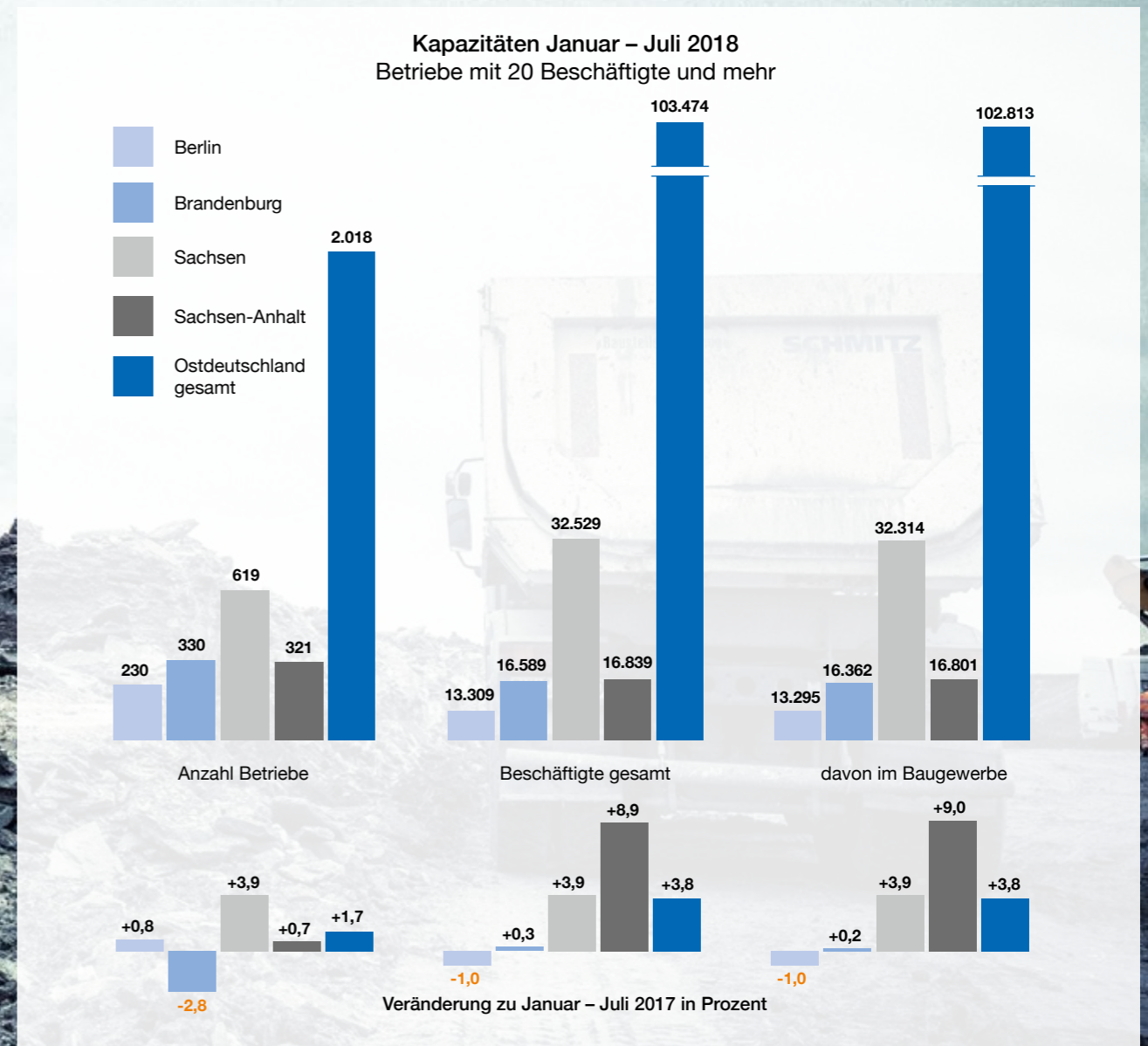
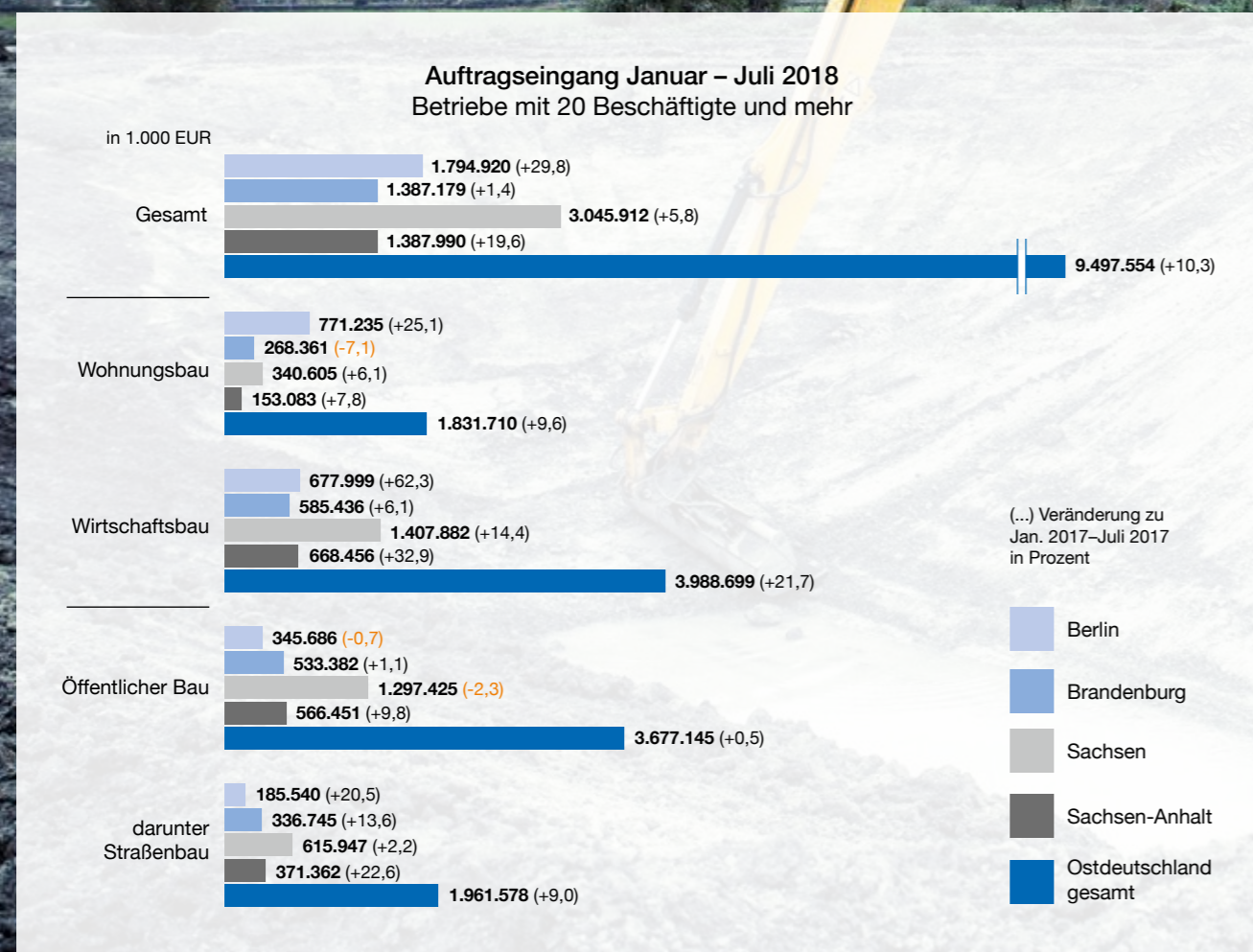


Foto: STRABAG Großprojekte GmbH

Auftragseingang – Januar bis Juli 2018

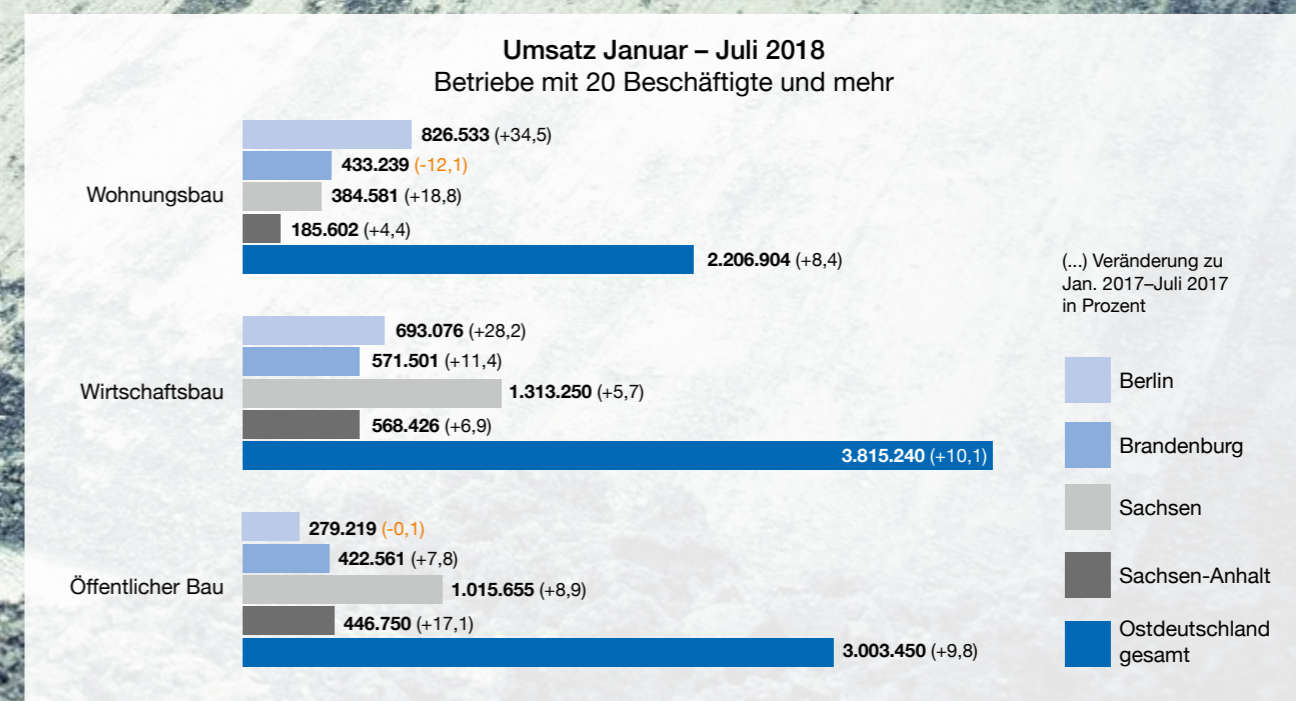
Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Juli 2018	Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland	
	Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	gesamt	
Gesamt	1.000 Euro	1.794.920	1.387.179	3.045.912	1.387.990	9.497.554
	% zu Jan - Jul '17	+29,8	+1,4	+5,8	+19,6	+10,3
Wohnungs- bau	1.000 Euro	771.235	268.361	340.605	153.083	1.831.710
	% zu Jan - Jul '17	+25,1	-7,1	+6,1	+7,8	+9,6
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	677.999	585.436	1.407.882	668.456	3.988.699
	% zu Jan - Jul '17	+62,3	+6,1	+14,4	+32,9	+21,7
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	345.686	533.382	1.297.425	566.451	3.677.145
	% zu Jan - Jul '17	-0,7	+1,1	-2,3	+9,8	+0,5
darunter Straßenbau	1.000 Euro	185.540	336.745	615.947	371.362	1.961.578
	% zu Jan - Jul '17	+20,5	+13,6	+2,2	+22,6	+9,0



Umsatz – Januar bis Juli 2018

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis Juli 2018	Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland	
	Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	gesamt	
Gesamt*	1.000 Euro	1.802.359	1.438.342	2.739.784	1.213.910	9.099.585
	% zu Jan - Jul '17	+25,4	+1,9	+8,6	+10,0	+9,5
dar. Baugewerblicher Umsatz	1.000 Euro	1.798.828	1.427.301	2.713.486	1.200.778	9.025.594
	% zu Jan - Jul '17	+25,4	+2,1	+8,6	+10,0	+9,6
Hochbau gesamt	1.000 Euro	1.130.771	748.253	1.280.468	454.303	4.535.270
	% zu Jan - Jul '17	+28,2	-1,1	+4,7	-4,7	+5,6
Tiefbau gesamt	1.000 Euro	668.057	679.048	1.433.018	746.475	4.490.324
	% zu Jan - Jul '17	+20,9	+5,9	+12,4	+21,5	+13,9
Wohnungs- bau	1.000 Euro	826.533	433.239	384.581	185.602	2.206.904
	% zu Jan - Jul '17	+34,5	-12,1	+18,8	+4,4	+8,4
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	693.076	571.501	1.313.250	568.426	3.815.240
	% zu Jan - Jul '17	+28,2	+11,4	+5,7	+6,9	+10,1
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	279.219	422.561	1.015.655	446.750	3.003.450
	% zu Jan - Jul '17	-0,1	+7,8	+8,9	+17,1	+9,8
darunter Straßenbau	1.000 Euro	136.064	222.593	455.192	245.966	1.419.508
	% zu Jan - Jul '17	+3,0	+9,1	+10,5	+19,4	+12,5

* Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.

➤ Ihre Ansprechpartner

Hauptgeschäftsstelle Potsdam

Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam
Fon: 0331 7446-0
Fax: 0331 7446-166
info@bauindustrie-ost.de

Dr. Robert Momberg

Hauptgeschäftsführer
robert.momberg@bauindustrie-ost.de

Milena Alexandra Madaus

Assistentin der Hauptgeschäftsführung
milena.madaus@bauindustrie-ost.de

Sabine Tesmer

Ressort Verwaltung und Betriebswirtschaft
sabine.tesmer@bauindustrie-ost.de

Michael Schmidt

Ressort Technik und Bildung
michael.schmidt@bauindustrie-ost.de

Sophie von Minckwitz

Ressort Politik und Kommunikation
sophie.vonminckwitz@bauindustrie-ost.de

Peggy Konrad

Assistentin
peggy.konrad@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Berlin

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin
Fon: 030 21286-200
Fax: 030 21286-205
berlin@bauindustrie-ost.de

Mathias Kahrs

Ressortleiter Tarif- und Sozialpolitik
mathias.kahrs@bauindustrie-ost.de

Doreen John

Assistentin
doreen.john@bauindustrie-ost.de

Sybille Postel

Assistentin
sybille.postel@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Magdeburg

Lorenzweg 56, 39128 Magdeburg
Fon: 0391 53221-0
Fax: 0391 53221-24
magdeburg@bauindustrie-ost.de

Herbert Mackenschins

Ressort Recht und Soziales
herbert.mackenschins@bauindustrie-ost.de

Daniel Anger

Ressort Politik und Kommunikation
daniel.anger@bauindustrie-ost.de

Jana Keitel

Assistentin
jana.keitel@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Leipzig

Heiterblickstraße 35, 04347 Leipzig
Fon: 0341 33637-0
Fax: 0341 33637-34
leipzig@bauindustrie-ost.de

Grit Höfer

Ressort Technik und Bildung
grit.hoefer@bauindustrie-ost.de

Susann Stein

Ressortleiterin Politik und Kommunikation
Pressesprecherin
susann.stein@bauindustrie-ost.de

Martina Fischer

Assistentin
martina.fischer@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Dresden

Neuländer Straße 29, 01129 Dresden
Fon: 0351 31988-0
Fax: 0351 31988-25
dresden@bauindustrie-ost.de

Hubertus Nelleßen

Ressortleiter Baurecht
hubertus.nellessen@bauindustrie-ost.de

Kerstin Poznanski

Bereich Chemnitz und Bildung
kerstin.poznanski@bauindustrie-ost.de

Christin Förster

Assistentin
christin.foerster@bauindustrie-ost.de

Claudia Rauschenbach

Ressortleiterin Verwaltung und Betriebswirtschaft
claudia.rauschenbach@bauindustrie-ost.de

Suzette Paquet-Ernst

Kaufmännische Assistentin
suzette.paquet-ernst@bauindustrie-ost.de

